

Verschiedenes im Gemeinderat

Straßenbauarbeiten Ortsdurchfahrt Frauenzimmern

Seit Ende 2013 wird im Landkreis an der Umsetzung der EU-Umgebungslärmrichtlinie gearbeitet. Diese Richtlinie sieht vor, dass Kommunen an Hauptverkehrsstraßen mit mehr als 3 Millionen Kraftfahrzeugen pro Jahr verpflichtet sind, Lärmaktionspläne aufzustellen und mit anschließenden Maßnahmen den Umgebungslärm zu reduzieren. Wenig überraschend, ist Güglingen mit seinem sehr hohen Verkehrsaufkommen von dieser Verpflichtung betroffen.

Seit Anfang des Jahres 2014 ist daher die Firma SoundPLAN beauftragt, einen Lärmaktionsplan für Güglingen zu erstellen, der Möglichkeiten der Lärmreduzierung aufzeigt. Bisherige Berechnungen haben ergeben, dass ein besonderer Straßenbelag – bekannt als sogenannter „Flüsterasphalt“ – den Lärm erheblich reduzieren würde. Man könnte mit diesem Straßenbelag sogar bessere Ergebnisse erzielen als mit der von der BU schon lange geforderten Zone 30 durch Frauenzimmern.

Unabhängig von den Diskussionen um den Lärmaktionsplan hat das Regierungspräsidium Stuttgart Anfang des Jahres angekündigt, den Straßenbelag der durch Güglingen führenden L1103 zu erneuern und bei der Stadt angefragt, ob sie in diesem Zuge Arbeiten an den Ver- und Entsorgungsleitungen sowie den Gehwegen durchführen möchte. In der Gemeinderatssitzung vom 11. Februar 2014 wurden daraufhin Baumaßnahmen an der Wasserversorgung, der Kanalisation sowie den Gehwegen beschlossen. Zwei Fliegen mit einer Klappe wären zu schlagen, könnte man in diesem Zuge auch die nötigen Bauarbeiten zur Lärmreduzierung umsetzen. Dafür sind die Weichen nun gestellt. Das Regierungspräsidium ist auf den Vorschlag der Stadt Güglingen eingegangen, mit den Baumaßnahmen erst 2015 zu beginnen, wenn auch die Planungen von SoundPLAN abgeschlossen sind.

Immer mehr Flüchtlinge im Landkreis

Die schwierige weltpolitische Lage – in vielen Ländern herrschen u. a. Kriege, Hunger, und Verfolgung – zwingt die Menschen, aus ihrer Heimat zu fliehen. Auch nach Baden-Württemberg kommen immer mehr Hilfesuchende aus den Krisengebieten. Das Flüchtlingsaufnahmegesetz sieht vor, dass der Landkreis Heilbronn bis Ende des Jahres weitere 300-350 Unterkunftsplätze bereitstellt. Was dieses Thema betrifft, muss sich Güglingen nicht verstecken. Im Verhältnis zur Einwohnerzahl hat Güglingen bisher überdurchschnittlich viele Asylunterkünfte zur Verfügung gestellt. Trotzdem, betonte Bürgermeister Klaus Dieterich in der Gemeinderatssitzung am 16. September, kann man sich nicht zurücklehnen und es sind weitere Plätze von Nöten. Dazu wird die Unterstützung sowohl von Privatpersonen als auch von Organisationen sowie der Verwaltung gebraucht. Letztere ist erster Ansprechpartner bei den Behördengängen, vermittelt Betreuungspersonen und ist Koordinationsstelle konkrete Aktionen wie beispielsweise der Sammlung von benötigten Möbeln.

In der letzten Gemeinderatsitzung wurde nun angeregt, dass gerade Privatpersonen, die Flüchtlinge mit materiellen, finanziellen Mitteln und anderen Hilfeleistungen unterstützen, mehr Informationen zum Thema bekommen sollten. Die Verwaltung hat diese Anregung angenommen und wird in der nächsten Zeit Informationen und Erfahrungen der Betreuer von Asylbewerbern sammeln und zusammenstellen. Diese werden dann zur Verfügung gestellt, sodass neue Betreuer Anhaltspunkte und Informationen haben, wie sie mit Situationen und Problemen bei der Betreuung von Asylbewerbern umgehen können.